

„Burgfrieden“: Die Bedeutung und Verwendung des Begriffs zwischen Bonn und Moskau 1958–1963

Von Kordula Kühlem

„Burgfrieden“ ist immer noch ein vielgebrauchter Begriff, der in der Gegenwart sowohl in der Innen- wie Außenpolitik als auch im Bereich des Sports benutzt wird. Seit seiner Schöpfung im Mittelalter bezeichnet der prinzipiell positiv konnotierte Terminus dabei den freiwilligen Frieden der Bürger untereinander.

Eine Renaissance erlebte der Begriff im 20. Jahrhundert; für das bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs viel beschworene deutsche Einheitsgefühl bürgerte sich das „Schlagwort ‚Burgfrieden‘“¹ ein. Doch das Schlagwort hielt nicht, was sich viele nach dem Aufruf des Kaisers oder der gemeinsamen Bewilligung der Kriegskredite versprochen hatten. Schon Zeitgenossen urteilten negativ; der Historiker Arthur Rosenberg kam sogar zu dem vernichtenden Votum: „Mit Hilfe von Zensur und Belagerungszustand konnte die Regierung jede politische Meinungsäußerung im Volke unterdrücken. Das war der deutsche Burgfrieden von 1914.“²

Der freiwillige Aspekt fehlte bei der Verordnung von Reichspräsident Hindenburg „zur Sicherung des inneren Friedens“³ vom Juli 1932 vollkommen. Es war ein Verbot politischer Versammlungen von Staatsseite. Trotzdem wurde es von der Regierung eine „Verordnung über einen Burgfrieden“⁴ genannt, offensichtlich in dem Bemühen um eine positive Grundhaltung gegenüber dem Gebot.

Gut ein Vierteljahrhundert später, nach Krieg und Zusammenbruch, wurde in Westdeutschland als Reaktion auf das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 die Forderung laut, die Parteien sollten „angesichts der sowjetischen Bedrohung einen Burgfrieden schließen“⁵.

Doch ein Schulterschluss der Parteien kam nicht zustande. Bundeskanzler Konrad Adenauer bemühte sich vor allem intensiv um eine Abstimmung mit den westlichen Alliierten. Intern beauftragte er den Staatssekretär im Kanzler-

1 Michael SALEWSKI, *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 109.

2 Arthur ROSENBERG, *Entstehung der Weimarer Republik*, hg. u. eingel. von Kurt KERSTEN, 13. Aufl., Frankfurt/M. 1971, S. 71.

3 RGBl. I, 30.7.1932, Nr. 52, S. 389.

4 Karl-Heinz MINUTH (Bearb.), *Die Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen*, Band 1, Nr. 89, Ministerbesprechung 28.7.1932, Boppard a. Rhein 1989, S. 335.

5 Franz BARSIG, *Burgfrieden?*, SPD-Pressedienst, 16.12.1958, S. 5f. Der Autor wandte sich jedoch gegen eine solche Solidarität mit den Regierungsparteien.

amt, Hans Globke, einen Plan zur Herbeiführung der Wiedervereinigung zu entwerfen. Im Rückblick erwähnte Globke, aus den Überlegungen dieser Zeit „erwuchs dann der sogenannte Burgfriedensplan“⁶. Verwandt wurde dieser Name 1959 aber nicht, sondern die von Heinrich Krone kreierte Bezeichnung „Globke-Plan“.

Dieser enthielt spektakuläre Konzessionen der Bundesrepublik wie die Umwandlung Berlins in eine Freie Stadt, die Anerkennung der DDR, Wiedergutmachungsleistungen in Milliardenhöhe und eine implizite Anerkennung der Ostgrenzen. Am Anfang stand, sozusagen als Voraussetzung, ein Moratorium von fünf Jahren, währenddessen u. a. der DDR-Bevölkerung wichtige Grundrechte zugestanden werden und an dessen Ende Volksabstimmungen über die Wiedervereinigung stattfinden sollten⁷.

Diese Idee der Bewahrung des Status quo für ein paar Jahre bei gleichzeitiger Durchsetzung freierer Lebensbedingungen für die Bewohner der DDR erwähnte der Kanzler in dieser Zeit sowohl gegenüber dem amerikanischen Außenminister Dulles⁸ als auch dem britischen Premierminister Macmillan⁹: Der Begriff „Burgfrieden“ fiel in diesem Zusammenhang nicht. Ebenso wenig wurde er in den darauffolgenden Monaten verwandt, in denen Adenauer hie und da auf seine Idee zurückkam, wobei er von einer „Stabilisierung für einige Jahre“¹⁰, „einem Ruhezustand“¹¹ oder einem „Stillhalteabkommen“¹² sprach.

Den Begriff des „Burgfriedens“ brachte Chruschtschow in seinem Schreiben an Adenauer vom 28. Januar 1960 in die öffentliche Diskussion¹³, indem

6 HANS GLOBKE, *Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Stuttgart 1976, S. 665–672, hier S. 667.

7 Abgedruckt: *Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung*, in: EBD. S. 202–209.

8 „Memorandum from Chancellor Adenauer to Secretary of State Dulles“ vom 30.1.1959, *Foreign Relations of the United States (FRUS)* 1958–60, Bd. 8, S. 310.

9 Englischs Protokoll des Gesprächs Adenauers mit Macmillan am 13.3.1959, zit. bei Volker ERHARD, *Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie*, Hamburg 2003, S. 148f.

10 Fraktionsvorstandssitzung am 16.3.1959, in: Reinhard SCHIFFERS (Bearb.), *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961*, 1. Halbbd. September 1957–Juni 1959 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, 11/III), Düsseldorf 2004, Nr. 118, S. 344.

11 Fraktionssitzung vom 17.3.1959, EBD. Nr. 119, S. 353.

12 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Bruce in Cadenabbia am 25.4.1959, Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann*, Stuttgart 1991, S. 486, und im Schreiben an von Brentano vom 29.3.1959, Hans Peter MENSING (Bearb.), *Konrad ADENAUER, Briefe 1957–1959*, Paderborn 2000, Nr. 218, S. 227.

13 Das ist Konsens in der Forschung, vgl. z. B. ERHARD (wie Anm. 9), S. 212; Klaus GOTTO, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963*, in: Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hg.), *Adenauer-Studien III* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 10), Mainz 1971, S. 57; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ulti-*

er schrieb: „Ihr Botschafter sagte mir, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei nicht dagegen, einen, wie er sich ausdrückte, Burgfrieden herzustellen. Wir sind damit einverstanden, jedoch kann man einen solchen Frieden nur auf zweiseitiger Grundlage herstellen.“¹⁴ Der gemeinte bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Hans Kroll, war mit dem Begriff durchaus vertraut, er hatte sowohl den „Burgfrieden“ 1914 als auch das Burgfriedensgebot 1932 miterlebt. Im Mai 1949 hatte er gefordert, die entstehende Bundesrepublik Deutschland auf die „Grundlage eines interparteilichen Burgfriedens“ zu stellen.¹⁵

In einem Telegramm vom 18. November 1959 über eine Rede Chruschtschows einige Tage vorher griff Kroll den Begriff wieder auf. Chruschtschow hatte bezüglich Adenauer geäußert: „In meinen zwei jüngsten Reden hatte ich seinen Namen nicht erwähnt, und Journalisten hatten das bemerkt. Aber beim dritten Mal kann ich ihn nicht umgehen.“¹⁶ Das interpretierte der Botschafter – etwas übertrieben – dahin, der sowjetische Ministerpräsident hätte angekündigt, den „Burgfrieden“ gegenüber der Bundesrepublik nicht mehr länger aufrecht zu erhalten.¹⁷

Die „Diplomatische Korrespondenz“ übernahm den Ausdruck des Botschafters und stellte einen Artikel über das Ende der vorübergehenden Einstellung der sowjetischen Angriffe auf den Bundeskanzler unter die Überschrift „Gestörter Burgfrieden“¹⁸. In seinem Tagebuch notierte der Botschafter gut einen Monat später noch einmal: „Die Angriffe in der Presse, die im Burgfrieden nach dem Augustbriefaustausch zw[ischen] Ch[ruschtschow] + Ad[enauer] ausgeblieben waren, mehren sich wieder.“¹⁹

maturum und Bundespräsidentenwahl 1959, in: VfZ 36 (1988), S. 723–768, hier S. 733; Michael LEMKE, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt* (Zeithistorische Studien 5), Berlin 1995, S. 259; Peter SIEBENMORGEN, *Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990, S. 282.

14 „28. Januar 1960: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, in: Ernst DEUERLEIN/Gunter HOLZWEIBIG (Bearb.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (DzD), IV/4 (1960), 1. Halbbd., Frankfurt/M. 1972, S. 152.

15 Artikel Krolls „Friedensregelung in Etappen“, in: „Allgemeine Kölnische Rundschau“ vom 6.5.1949. Schon am 28.4.1949 überschreibt das „Steinfurter Tageblatt“ einen Artikel über einen Vortrag Krolls: „Mittler zwischen den Welten. Dr. Kroll fordert Burgfrieden von den Parteien“, *Archiv für Christlich-Demokratische Politik* (ACDP) 01-743-016/5, NL Kroll.

16 „14. November 1960: Aus der Rede des Ministerpräsidenten Chruščëv auf einem Empfang für sowjetische Journalisten im Kreml“, in: Ernst DEUERLEIN/Werner JOHN (Bearb.), *DzD*, IV/3 (1959), Frankfurt/M. 1972, S. 623.

17 Telegramm Krolls an das Auswärtige Amt vom 18.11.1959, *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes*, Abt. 7, Bd. 518c.

18 Artikel „Gestörter Burgfrieden“, in: „Diplomatische Korrespondenz“, Nr. 20 vom 23.11.1959.

19 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 25.12.1959, ACDP 01-743-021/3.

Hier wird sehr deutlich, welche Bedeutung dem Begriff „Burgfrieden“ zugemessen wurde: Es ging um die Einstellung propagandistischer Angriffe, um einen Pressefrieden. Tatsächlich hatten die gegenseitigen verbalen Attacken im Herbst 1959 etwas nachgelassen, am Anfang der Korrespondenz zwischen Chruschtschow und Adenauer, die mit dem Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 18. August 1959²⁰ begann und mit dessen erwähnten Schreiben vom 28. Januar 1960 vorerst wieder endete.

Die Wiederaufnahme der sowjetischen verbalen Angriffe gegen die Bundesregierung im November 1959 verleitete Kroll offensichtlich dazu, in dem Gespräch mit Chruschtschow am 18. Januar 1960 auf dessen Forderung nach einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu entgegnen, das müsste auch „in den öffentlichen Reden und in der Presse zum Ausdruck kommen“. Woraufhin Chruschtschow sich mit einem erneuten „Burgfrieden“²¹ einverstanden erklärte. Für beide Seiten war unstrittig, dass sich dieser nur auf die Einstellung von gegenseitigen verbalen Angriffen bezog.

Das wird auch deutlich aus einer Aufzeichnung der ostdeutschen Vertretung in Moskau, die vom sowjetischen Außenministerium über das Gespräch vom 18. Januar informiert wurde. Im Zusammenhang mit Vorwürfen Chruschtschows, die Bundesrepublik würde die Sowjetunion immer wieder verunglimpfen, hieß es dort, Bonn hätte damit die „Vereinbarungen zwischen Mikojan und dem Kanzler“²² gebrochen. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident hatte bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik im April 1958 Adenauer auf die öffentlichen Angriffe angesprochen und für eine Verbesserung der Atmosphäre plädiert.²³

Kroll brachte nicht nur den Begriff „Burgfrieden“ in die interne Diskussion, er sorgte auch dafür, dass dieser in der offiziellen Übersetzung des Chruschtschow-Briefs vom 28. Januar 1960 überhaupt vorkam. Denn das Auswärtige Amt zweifelte Krolls Übersetzung der betreffenden russischen Wendung „гряданский мир“ als „Burgfrieden“ an²⁴, konnte sich aber – offensichtlich – nicht durchsetzen.

20 „18. August 1959: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, DzD (wie Anm. 16), S. 32–45.

21 Telegramm Krolls an das Auswärtige Amt vom 19.1.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B 130, Bd. 3864.

22 Auszug aus einem Vermerk der ostdeutschen Botschaft in Moskau vom 2.2.1960 über Unterrichtung über Gespräch Chruschtschow–Kroll am 18.1.1960, BA Berlin DY 30/3497.

23 Betreffender Abschnitt des Gesprächs Adenauers mit Mikojan in: Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 385.

24 Dazu russischer Text „28 Januar 1960: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, DzD (wie Anm. 14), S. 144. Erklärung zu seiner Übersetzung des Begriffs in Krolls Telegramm an das Auswärtige Amt vom 1.2.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Büro Minister, Bd. 127.

Eine inhaltliche Übereinstimmung des erörterten „Burgfriedens“ vom Januar 1960 mit Adenauers Überlegungen, den Status quo einzufrieren, ist nicht gegeben. Genauso wenig wie eine Inspiration²⁵, geschweige denn eine Beauftragung²⁶, Krolls in dieser Frage durch den Bundeskanzler oder seinen Staatssekretär nachweisbar ist. Denn in den nächsten Jahren liefen Krolls weitere Bemühungen um einen Pressefrieden und die deutschlandpolitischen Überlegungen im Kanzleramt parallel.

In einem Schreiben an Globke vom 5. April 1960 setzte sich der Botschafter weiter für einen „Burgfrieden auf dem Gebiet der Pressekampagne“ ein – ohne Resonanz aus Bonn. Auch gegenüber Chruschtschow kam Kroll in ihrem nächsten Gespräch am 18. Oktober 1960 auf die Einstellung der gegenseitigen verbalen Angriffe zurück. Er erreichte laut Protokoll wenigstens die Zusage des sowjetischen Ministerpräsidenten, in seiner nächsten Rede auf Attacken gegen den Bundeskanzler zu verzichten.²⁷

Weniger wegen dieser vagen Zusage, als aufgrund der folgenden Spekulationen in der deutschen und internationalen Presse über eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bezeichnete der bundesdeutsche Botschafter in Paris, Herbert Blankenhorn, die Unterredung zwischen seinem Kollegen in Moskau und Chruschtschow als „Burgfrieden-Gespräch“²⁸.

Kroll selbst erwähnte Anfang 1961 gegenüber dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wladimir Semjonow ebenfalls einen neuen „Burgfrieden“, jedoch in einem Schreiben, in dem er gerade diesen schon wieder als gefährdet ansah.²⁹

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1961 fand Kroll mit seinem Plädoyer für einen Pressefrieden in Bonn und Moskau kein Gehör. So nahm er diesen Vorschlag sogar in seinen Fünf-Punkte-Plan auf, den er in einem aufsehenerregenden Gespräch Chruschtschow am 9. November 1961 präsentierte. Der Begriff „Burgfrieden“ fiel dabei jedoch nicht.³⁰

Weder zeigte sich Adenauer an der Verfolgung des von seinem Botschafter in Moskau vorgeschlagenen Pressefriedens interessiert, noch informierte er diesen über seine deutschlandpolitischen Gedankenspiele in dieser Zeit. Diese

25 So Klaus GOTTO (wie Anm. 13), S. 57.

26 Das nimmt LEMKE (wie Anm. 13), S. 259, an.

27 Schreiben Krolls an Globke vom 5.4.1960, ACDP 01-070-027/3. S. auch Kordula KÜHLEM, *Hans Kroll. Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 53), Düsseldorf 2008, S. 433.

28 Telegramm Blankenhorns an das Auswärtige Amt vom 2.11.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Abt. 7, Bd. 472.

29 Schreiben Krolls an Semjonow vom 17.1.1961, Abschrift als Anlage zu Schreiben an Globke, Nr. 3 vom 17.2.1961, ACDP 01-070-027/3.

30 KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 486.

äußern sich in der Überarbeitung des „Globke-Plans“³¹ und Überlegungen Felix von Eckardts³². Im Bundeskanzleramt versuchte man darüber hinaus, mit dem österreichischen Außenminister Kreisky, dem indischen Regierungschef Jawaharlal Nehru oder dem norwegischen Außenminister Halvard Lange Vermittler zwischen Bonn und Moskau zu gewinnen.³³ Das Einfrieren der gegenwärtigen Verhältnisse für eine bestimmte Zeit war immer Bestandteil dieser Überlegungen.

Von anderer Seite wurde diese Idee ebenfalls präsentiert. Im Dezember 1960 schlug DDR-Staatschef Ulbricht vor, „einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen“.³⁴ Im März 1961 kam während des Empfangs des Berliner Regierenden Bürgermeisters Brandt beim amerikanischen Präsidenten Kennedy ein „interim-arrangement“ für zehn Jahre zur Sprache.³⁵

Wenige Monate später brachte der Mauerbau die „Stunde der großen Desillusion“³⁶. Im Zuge seines daraufhin Ende 1961 angekündigten Vorhabens, „unser Verhältnis zu Russland in eine erträgliche Ordnung zu bringen“³⁷, legte Adenauer am 6. Juni 1962 Moskau seine Überlegungen zur Festschreibung des Status quo offen – in einem Gespräch mit Botschafter Smirnow. Diesem schlug er vor: „Sollte man nicht einmal ernsthaft überlegen, zwischen den beiden Ländern ... für zehn Jahre eine Art Waffenstillstand, natürlich im übertragenen Sinne zu schließen. Dies würde bedeuten, die Dinge während dieser Zeitspanne so zu lassen wie sie sich jetzt darböten. Allerdings müsse dafür gesorgt werden, daß die Menschen in der DDR freier leben könnten, als es jetzt der Falls sei.“ Ziel wäre es „eine Atmosphäre der Beruhigung“ und schließlich „normale Verhältnisse“ zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion zu schaffen, um dann eine „Verständigung über die strittigen, noch ungeklärten Fragen“³⁸ zu finden.

31 Überarbeitete Fassung des Plans s. auch *Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung* (wie Anm. 7), S. 202–209.

32 Dazu Schreiben von Eckardts an Adenauer vom 21.6.1960, zit. bei Felix von ECKARDT, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf 1967, S. 615–619.

33 GLOBKE (wie Anm. 6), S. 670f.

34 „11. Tagung des ZK der SED. 15.–17. Dezember 1960: Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht“, in: Gunter HOLZWEIBIG (Bearb.), *DzD, IV/5* (1960), Frankfurt/M. 1973, S. 615.

35 „Memorandum of Conversation“ vom 13.3.1961, FRUS, 1961–63, Bd. 14, S. 40.

36 Eintrag 18.8.1961, Heinrich KRONE, *Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28), Düsseldorf 1995, S. 524.

37 Eintrag vom 7.12.1961, Heinrich KRONE, *Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44), Düsseldorf 2003, S. 6.

38 „6. Juni 1962: Aus einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über eine Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnov“, in: Hannelore NATHAN (Bearb.), *DzD, IV/8* (1962), 1. Halbbd., Frankfurt/M. 1977, S. 625.

Zwar fand sich auch Krolls Bemühen um eine Verbesserung der bilateralen Atmosphäre in diesem Vorschlag wieder, aber er ging über den Vorschlag des Botschafters hinaus. Hinter dem „Globke-Plan“ blieb Adenauers Vorstoß dagegen weit zurück. Denn die Stillhaltephase war dort nur ein Detail und sicherlich dasjenige, das „den rechtlichen und politischen Grundsätzen der offiziellen Bonner Deutschlandpolitik“³⁹ am wenigstens entgegenlief.

Einzelheiten des „Globke-Plans“ waren im Februar 1962 eben durch Hans Kroll der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Wohl mit Wissen Adenauers hatten Globke und Krone den Botschafter über die deutschlandpolitischen Überlegungen im Kanzleramt informiert.⁴⁰ Kroll plauderte unerlaubterweise darüber nicht nur auf einer Botschafterkonferenz am 9./10. Februar, sondern auch gegenüber Journalisten am 13. Februar 1962. Der Botschafter erwähnte dabei auch die Überlegung, den Sowjets „ein Moratorium für die nächsten 10 Jahre vorzuschlagen“.⁴¹ Damit bestand eine – wenn auch sehr schwache – Verbindung zwischen Adenauers Vorschlag vom 6. Juni 1962 und Krolls Äußerungen „ein halbes Jahr vorher“⁴². Doch diese war von Seiten des Kanzleramts sicherlich ungewollt. Gerade Krolls Gang an die Öffentlichkeit führte zu dem Beschluss, ihn im Rahmen des nächsten Revirements aus Moskau abzu-berufen.

Im Juni 1962 war Kroll also nur noch Botschafter auf Zeit, und doch war sein Schicksal mit dem Waffenstillstandsvorschlag indirekt verwoben. Sein Vertrauter Globke erklärte ihm am Telefon, das Tauziehen zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt um den Zeitpunkt seiner Abberufung sei noch nicht entschieden, und fügte laut Krolls Tagebuch geheimnisvoll hinzu: „Er könne mir erst schreiben, wenn er einen ‚gewissen Punkt‘ geklärt habe. Was er damit meinte, wollte er über Telefon nicht sagen.“⁴³

Doch am 20. Juli 1962 beschloss das Kabinett die definitive und zeitnahe Abberufung Krolls und einigte sich auch auf einen Nachfolger.⁴⁴ Sonderminister Krone notierte dazu in sein Tagebuch: „Ich verstehe den Kanzler nicht. Und das umso weniger, als er vor kurzem dem sowjetischen Botschafter in Bonn seinen Vorschlag in der deutschen Frage gemacht hat.“⁴⁵

39 ERHARD (wie Anm. 9), S. 210.

40 Zu Folgendem genauer, KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 515ff.

41 So in der Botschafterkonferenz am 9.2.1962, zit. EBD. S. 518.

42 Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien* (Zeitgeschichtliche Forschungen 7), Berlin 2001, S. 322.

43 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 14.7.1962, ACDP 01-743-021/5.

44 Protokoll der 37. Kabinettsitzung am 20.7.1962, *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 15: 1962, bearb. von Uta RÖSSEL und Christoph SEEMANN, unter Mitwirkung von Ralf BEHRENDT, Ulrich ENDERS und Josef HENKE, München 2005, S. 347.

45 Eintrag vom 21.7.1962, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 79.

Auf diesen „Vorschlag“, offensichtlich das Waffenstillstandsangebot vom 6. Juni, hatte der sowjetische Botschafter dem Bundeskanzler inzwischen, am 2. Juli, eine abschlägige Antwort seiner Regierung überbracht,⁴⁶ in der betont wurde, es brächte nichts, „die Probleme von heute ... um zehn, oder auch nur um ein Jahr zu verschieben“⁴⁷. Diese Absage konnte nicht überraschen, da hier schließlich „ohne substantielle Gegenleistungen“ der „Sowjetunion Konzessionen und Vorleistungen“⁴⁸ abverlangt wurden – oder zumindest im Singular die Konzession, der DDR-Bevölkerung freiere Lebensbedingungen zuzugestehen.

Globke unterrichtete am 31. Juli 1962 Kroll ganz allgemein von dem Vorstoß Adenauers und fügte hinzu: „Leider war das Ergebnis völlig negativ. ... Der Kanzler konnte sich danach aber nicht mehr versprechen, dass Deine weitere Anwesenheit in Moskau einer Entspannung förderlich sein würde.“⁴⁹ Damit war die Sache entschieden. Zwar wurde Kroll nicht wegen des Scheiterns von Adenauers Waffenstillstandsangebot von Moskau abgezogen,⁵⁰ möglicherweise hätte eine positive Reaktion der sowjetischen Seite aber seinen Aufenthalt noch einmal verlängert.

Seinen Waffenstillstandsgedanken verfolgte Adenauer trotz der sowjetischen Absage weiter. Wichtig war ihm dabei die Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR. Diesen Aspekt betonte er in seiner Bundestagsrede am 9. Oktober 1962⁵¹ auch in der Öffentlichkeit.

Nicht öffentlich machte der Bundeskanzler seine Bereitschaft, den Status quo vorübergehend zu akzeptieren. Aber entweder im Juni über Außenminister Rusk⁵² oder im Oktober durch Botschafter Dowling⁵³ informierte der Kanzler die amerikanische Regierung von seinem Vorstoß. Für seinen Staatsbesuch in Washington im November 1962 ließ er sowohl im Bundeskanzleramt, von Horst Osterheld, als auch im Auswärtigen Amt, von Staatssekretär Karl Cars-

46 Aufzeichnung des Gesprächs Adenauers mit Smirnow vom 2.7.1962, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) III/48.

47 „11. Oktober 1963: Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu dem Vorschlag eines ‚zehnjährigen Burgfriedens‘“, Gisela BIEWER/Werner JOHN (Bearb.), *DzD*, IV/9 (1963), I. Halbbd., Frankfurt/M. 1978, S. 783, wo die Antwort vom 2.7.1962 wörtlich wiedergegeben wird.

48 Christoph KLEBMANN, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1955–1963*, in: Josef FOSCHÉPOTH (Hg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 61–79, hier S. 68.

49 Schreiben Globkes an Kroll vom 31.7.1962, ACDP 01-743-17/1.

50 So stellt er es selbst dar, in: Hans KROLL, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Köln 1967, S. 562.

51 „9. Oktober 1962: Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem 4. Deutschen Bundestag“, *DzD* (wie Anm. 38), S. 1203.

52 GLOBKE (wie Anm. 6), S. 671.

53 ERHARD (wie Anm. 9), S. 240.

tens, ein umfassendes Stillhalteabkommen ausarbeiten; dabei war das Außenministerium über Adenauers Angebot vom 6. Juni nicht informiert.

Carstens Ausarbeitung wurde schließlich der amerikanischen Regierung übergeben,⁵⁴ die auf den Vorschlag aber nicht weiter einging. Zum einen sah Präsident Kennedy keine Chance, diesen zu verwirklichen. Gegenüber Adenauer erklärte er sehr bestimmt: „The Soviets would not buy the idea ...“⁵⁵ Zum anderen war man sich in Washington auch nicht über die tatsächliche Seriosität des Vorschlags im Klaren, denn das Stillhalteabkommen wurde auf einem formlosen Papier in englischer Sprache übergeben.⁵⁶ Auf jeden Fall fiel im Bezug auf den Waffenstillstandsvorschlag der Begriff „Burgfriede“ nicht, weder im Herbst gegenüber der amerikanischen Regierung⁵⁷ noch im Januar 1963, als Adenauer dem französischen Staatspräsident de Gaulle die Überlegung unterbreitete, sich „mit Rußland für eine Reihe von Jahren über den Status quo [zu] einigen“⁵⁸.

Eine ganz andere Idee besprach der Kanzler ebenfalls Anfang 1963 mit Kroll, der inzwischen als Berater der Bundesregierung für Ostfragen im Auswärtigen Amt tätig war. Nach dem Tagebuch des Diplomaten überlegten die Gesprächspartner, „dass man zu gegeb[enem] Zeitp[un]kt überlegen müsse, mich als inoff[iziellen] Vermittler nach M[oskau] zu schicken“⁵⁹.

Schon wenig später lud der sowjetische Botschafter, der möglicherweise von der erneuten Zusammenkunft des Kanzlers mit Kroll gehört hatte,⁶⁰ sein ehemaliges Pendant in Moskau zu einem Frühstück. Bei diesem betonte Smirnow das Interesse seines Landes an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Kroll erklärte daraufhin, der Bundeskanzler hätte nach der Rückweisung seines Angebots vom 6. Juni 1962 auf ein Desinteresse Moskaus an einer Entspannung der Beziehungen geschlossen und „sich von meiner weiteren Be-

54 Horst OSTERHELD, „*Ich gehe nicht leichten Herzens...*“. *Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*. Adenauer-Studien V, hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 44), Mainz 1986, S. 156f.

55 „Memorandum of Conversation“ vom 14.11.1962, FRUS 1961–63, Bd. 15, S. 438.

56 ERHARD (wie Anm. 9), S. 243.

57 Frank A. MAYER, *Adenauer and Kennedy. A Study in German-American Relations, 1961–1963*, Houndmills 1996, S. 74, berichtet zwar, Adenauer „share[s] his own thoughts with JFK concerning a *Bürger Friedensplan*“. Aber dieser Begriff ist die eigene Übersetzung des Autors des in Klammern angeführten englischen Terminus „peace plan“.

58 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris“, 21.1.1963, AAPD 1963, Nr. 37, S. 121.

59 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 3.3.1963, ACDP 01-743-021/1. Aus dem Zusammenhang des Eintrags kann nicht eindeutig geschlossen werden, ob Adenauer, oder Globke im Anschluss, dies äußerte.

60 In seinem Tagebucheintrag vom 3.3.1963, ebd., erwähnte Kroll, dass die Presse über seine Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler berichtet hatte.

lassung als Botschafter in der Sowjetunion keinen Nutzen mehr versprechen können“⁶¹.

Nach Rücksprache mit Moskau suchte Smirnow am 23. April 1963 Kroll in dessen Privatwohnung auf und erklärte, Chruschtschow wäre zu einem Gespräch über die Normalisierung der Beziehungen und zur Prüfung eventueller bundesdeutscher Vorschläge bereit. Kroll antwortete darauf, nicht die Bundesrepublik, sondern die Sowjetunion sollte Vorschläge vorlegen oder zumindest eine angemessene Reaktion auf den Vorstoß Adenauers vom Juni des letzten Jahres.⁶²

Doch der Bundeskanzler, den sein ehemaliger Botschafter durch eine Aufzeichnung unterrichtete, wollte keine offiziellen Gespräche,⁶³ sondern eher einen inoffiziellen Besuch Krolls in der Sowjetunion.⁶⁴ Trotzdem gestattete er Kroll am 4. Juni 1963, wenige Tage nachdem dieser in den Ruhestand versetzt worden war, Smirnow eine Antwort zu überbringen.⁶⁵ Jetzt erst informierte das Bundeskanzleramt Kroll durch das Gesprächsprotokoll ausführlich über das Waffenstillstandsangebot Adenauers vom 6. Juni 1962⁶⁶, worüber dieser in seinem Tagebuch recht enttäuscht vermerkte: „[Es] ist vager als ich dachte + als mir Gl[obke] s[einer] Z[ei]t berichtet hatte.“⁶⁷ Der Botschafter war demnach bis zu diesem Zeitpunkt von einem konkreteren Vorstoß – möglicherweise analog des „Globe-Plans“ – des Bundeskanzlers ausgegangen.

Hinzu kommt, dass Kroll selbst Stillhalteplänen kritisch gegenüber stand. Im Sommer 1956 hatte er, damals Botschafter in Japan, in einem Bericht an Außenminister Heinrich von Brentano erklärt, „dass der Kreml immer noch, wenn auch vielleicht erst nach 10 oder 20 Jahren, die Einbeziehung Deutschlands in den sowjetischen Block in dieser oder jener Form zu erreichen hoffe und bis dahin am Status quo festhalten wolle“⁶⁸. Während seiner Tätigkeit als Botschafter in Moskau betonte Kroll immer wieder, er wollte Bewegung in die bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen bringen.

61 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 29.4.1963, AAPD 1963, Nr. 155, S. 503.

62 EBD.

63 So Eintrag vom 1.5.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 187.

64 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 5.6.1963, ACDP 01-743-021/1. Dieses Gespräch meint Boris MEISSNER, *Die sowjetische Deutschlandpolitik unter Chruschtschow*, in: DERS./Alfred EISFELD (Hg.), *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis* (Studien zur Deutschlandfrage, Band 14), Berlin 1999, S. 55–74, hier S. 71, wohl mit seiner Bemerkung, Adenauer habe Kroll bei dessen Abgang ermutigt, die Sondierungen mit Moskau fortzusetzen.

65 „Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer“, 4.6.1963, AAPD 1963, Nr. 186, S. 603f. Möglicherweise auch, weil Smirnow selbst am 28.5.1963 bei einem Zusammentreffen den Kanzler darauf ansprach.

66 Kroll erhielt das Dokument am 4. und brachte es am 19.6.1963 wieder zurück, Vermerk StBKAH III/77.

67 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 5.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

68 Schreiben Krolls an von Brentano über ein Gespräch mit dem indischen Botschafter in Tokio, Shri Binay Ranjan Sen vom 10.7.1956, BA Koblenz N 1239/165.

Dessen ungeachtet teilte Kroll am 11. Juni 1963 Smirnow mit, eine „Fortsetzung des bisherigen unverbindlichen Gedankenaustausches“ käme in Frage, aber nur wenn die Sowjetunion bereit wäre, den Vorschlag Adenauers vom 6. Juni 1962 zu diskutieren.⁶⁹ Zehn Tage später übergab Smirnow Kroll ein „formloses Papier“⁷⁰, in dem die Kremelführung zwar ihre Gesprächsbereitschaft betonte, aber auf ihrer Absage des „sogenannten zehnjährigen ‚Burgfrieden‘“⁷¹ beharrte.

Erst jetzt, nachdem schon mehrere Wochen wieder über den Waffenstillstandsvorschlag diskutiert worden war, brachte nun die sowjetische Seite die Bezeichnung „Burgfrieden“ dafür ins Spiel. Kroll übernahm diesen Begriff auf jeden Fall sowohl in seiner offiziellen Aufzeichnung⁷² als auch in seinem Tagebuch⁷³. Ebenso enthielt die deutsche Übersetzung der Mitteilung Moskaus, die Ost-Berlin zur Information übermittelt wurde, diesen Terminus.⁷⁴ Welcher Begriff im russischen Original verwandt wurde, ist dagegen nicht nachzuvollziehen.⁷⁵ Schon drei Tage später bediente sich auch Adenauer des Begriffs „Burgfrieden“⁷⁶ im Zusammenhang mit seinem Vorschlag vom 6. Juni 1962.

Das Waffenstillstandsangebot hatte damit einen neuen Namen bekommen, die Ablehnung der Sowjetunion blieb aber bestehen. Die Bundesregierung, so hieß es in dem Papier Moskaus, verfolgte damit nur die „Absicht, die Lösung der aktuellen Aufgabe zur deutschen Friedensregelung zu umgehen und die gegenwärtige unregelmäßige Situation mit allen Gefahren, die sie in sich birgt, unverändert zu lassen“. Die Sowjetunion plädierte zwar für eine „Gesundung der Beziehungen“ zu Bonn, doch nur „unter Berücksichtigung der bestehenden realen Situation“. Unter dieser Voraussetzung wäre man sowohl zu Gesprächen mit Kroll als auch „auf höchster Ebene“ bereit.⁷⁷

69 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 644f.

70 EBD. S. 645.

71 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

72 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 645.

73 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

74 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

75 Wie oben dargestellt benutzte Chruschtschow in seinem Schreiben an Adenauer vom 28.1.1960 die Wendung „гжданский мир“. In der offiziellen Stellungnahme der „Pravda“ vom 12.10.1963, Nr. 285, S. 1, zu Adenauers Bekanntmachung des Angebots vom 6.6.1962 ist dagegen von „Перемирие“, also Waffenstillstand, die Rede. Trotzdem übersetzte das „Neue Deutschland“ vom 13.10.1962, 18. Jg., Nr. 281, bei der Wiedergabe dieser Verlautbarung dieses mit „Burgfrieden“.

76 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy“ vom 24.6.1963, AAPD 1963, Nr. 206, S. 662.

77 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

Bei der Übergabe des Papiers machte Smirnow, der möglicherweise einer Regelung mit Bonn positiver gegenüberstand als seine Regierung,⁷⁸ dagegen eine etwas abweichende Erklärung. Laut seines Tagebuchs fragte Kroll seinen sowjetischen Kollegen, ob die „S[owjet]reg[ierung] von Ad[enauer] vorgeschlagenen ‚Burgfrieden‘ als Diskussionsthema akzeptiere. Sm[irnow] bejahte es ausdrücklich.“⁷⁹ Daraufhin betonte Kroll in seiner Aufzeichnung über das sowjetische Papier vor allem die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft Moskaus, die auch „den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers über einen zehnjährigen ‚Burgfrieden‘“ einschlieÙe.⁸⁰

Als am 23. Juni 1963 Präsident Kennedy zum Staatsbesuch in der Bundesrepublik eintraf, war das Papier der Sowjetregierung Adenauer noch nicht bekannt, da die deutsche Übersetzung erst am 25. Juni vorlag.⁸¹ Der Kanzler war auf die Aufzeichnung Krolls angewiesen, die aufgrund der zusätzlichen mündlichen Information Smirnows und auch der Interpretation des deutschen Diplomaten viel positiver ausfiel.

Adenauer teilte dem Staatsgast schon auf der Fahrt vom Flughafen die Neugierkeit mit, „daß Chruschtschow an ihn herangetreten sei“⁸². Im Vier-Augen-Gespräch am nächsten Tag ließ der Kanzler nähere Erläuterungen folgen, allerdings erzählte er dem amerikanischen Präsidenten nichts von der konkreten Aufzeichnung der Sowjetunion, sondern deutete – nach einer recht langatmigen Darstellung der Vorgeschichte – nur die Möglichkeit an: „Vielleicht bestehe aber eine gewisse Chance, in der deutschen Frage mit der Sowjetunion einen Fortschritt zu erzielen.“

Kennedy hielt nichts von der vorübergehenden Festschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse und glaubte auch nicht, dass Chruschtschow dazu bereit wäre, wie er ausführlich erläuterte. Deutlich betonte er am Ende seiner Ausführungen: „Er sehe deshalb keinen Grund für irgendeine sowjetische Bereitschaft, dem Burgfrieden zuzustimmen.“⁸³ Trotzdem wären Kontakte über Kroll durchaus nützlich, wobei man „auf das Schlimmste gefasst [sein] ... und das Beste erhoffe[n]“ sollte. Adenauer ruderte daraufhin wieder etwas zurück und kam auf seine ursprüngliche Idee zurück, Kroll sollte „als freier Mann privat auf Einladung Chruschtschows in die Sowjetunion reisen“⁸³. Damit nahm er

78 Nachdem Adenauer am 6.6.1962 Smirnow seinen Waffenstillstandsvorschlag unterbreitet hatte, notierte Osterheld in sein Tagebuch, er hätte den Eindruck gehabt, der sowjetische Botschafter persönlich würde wohl auf den Vorschlag eingehen, OSTERHELD (wie Anm. 54), S. 122.

79 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

80 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 645.

81 Als Anlage zur „Aufzeichnung des Botschafter Kroll“ vom 25.6.1963, EBD. Nr. 212, S. 682f.

82 Erwähnt in „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy“, 24.6.1963, EBD. Nr. 206, S. 662.

83 EBD. S. 665f.

Abstand von den – sowohl vom ehemaligen Botschafter als auch der sowjetischen Seite geforderten – offiziellen Sondierungen.

Festgelegt hatte Adenauer sich allerdings noch nicht. Über Globke ließ er offensichtlich noch Ende Juni Kroll sein Einverständnis übermitteln, wie dieser in seinem Tagebuch notierte, „meine nächste Antwort, in der gleichen Weise wie die andere Seite, schriftlich zu fixieren“⁸⁴. Der ehemalige Botschafter legte bis zum 4. Juli 1963 einen Textentwurf vor und befürchtete sogar: „Hoffentlich werden mir meine Sommerpläne durch die weitere Entwickl[un]g nicht über den Haufen geworfen.“⁸⁵ Unterstützt wurde er in seinen Bestrebungen nicht nur von Globke, sondern auch von Krone. Dieser notierte zur gleichen Zeit in seinem Tagebuch über direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion: „Man kann und darf das Gespräch nicht ablehnen. Es müsse auf der Basis geführt werden, die ich den „Globke-Plan“ nenne“⁸⁶. Dieser umfasste laut der folgenden Definition aber nur noch die beiden auch im Waffenstillstandsplan enthaltenen Aspekte, Hinnahme des Status quo für zehn Jahre und Humanisierung der Lebensbedingungen in der DDR, sowie darüber hinaus eine abschließende Volksabstimmung.

Während seine Mitarbeiter sich auf weitere Sondierungen vorbereiteten, bekamen Adenauers Bedenken Nahrung durch die Fertigstellung der deutschen Übersetzung der sowjetischen Aufzeichnung. Die Zurückweisung eines zehnjährigen Waffenstillstands oder „Burgfriedens“ hatte der Kanzler jetzt schwarz auf weiß. Da half auch die erneute Beteuerung Krolls in einer der Übersetzung beigelegten Aufzeichnung nichts, Smirnow hätte zugesagt, diesen diskutieren zu wollen.⁸⁷

Der Kanzler musste außerdem erkennen, dass das sowjetische Schriftstück der seinem Vorschlag vom 6. Juni 1962 zugrundeliegenden Absicht die Grundlage entzog. Schließlich hatte der Vorstoß des Kanzlers vor allem auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung der DDR gezielt. Doch das Moskauer Papier betonte nicht nur die altbekannte sowjetische Haltung, sich nicht in innerdeutsche Fragen einzumischen, sondern forderte darüber hinaus, die Bundesrepublik müsse „der Tatsache der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Rechte, die ihr als selbständiger souveräner Staat zustehen, Rechnung“⁸⁸ tragen.

84 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 1.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

85 Ebd. Krone notierte ebenfalls: „Kroll hat ein Papier entworfen, das beim Kanzler liegt.“ Eintrag vom 4.7.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 198.

86 Dieser Eintrag vom 25.6.1963 referiert ein Gespräch mit Globke, der sich offensichtlich ähnlich begeistert geäußert hatte, EBD. S. 197.

87 „Aufzeichnung des Botschafter Kroll“ vom 25.6.1963, AAPD 1963, Nr. 212, S. 682.

88 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o.D., BA Berlin DY 30/3509.

Kroll hatte dagegen in seiner Aufzeichnung geschrieben, Smirnow hätte ihm mitgeteilt, „dass eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau unausweichlich auch zu einer positiven Änderung der Lage in der ‚DDR‘ führen würde“⁸⁹. Während sich die mündliche Zusage des sowjetischen Botschafters bezüglich des Waffenstillstandsangebots wenigstens in seinem Tagebuch findet, musste Kroll selbst in seine persönliche Aufzeichnungen notieren, Smirnow hätte angesprochen auf Erleichterungen für die Bevölkerung der DDR nur hingewiesen „auf formelle Schwierigkeiten ..., mit B[undes]R[epublik] über Zone zu verhandeln“⁹⁰.

Die Ernüchterung Adenauers über den tatsächlichen Inhalt des sowjetischen Schriftstücks zeigte sich zum einen in einem Schreiben an Kennedy am 8. Juli 1963, dem er mitteilte, er hätte die „Fühlungnahme ... augenblicklich gestoppt“⁹¹. Zum anderen spiegelte sie sich auch in seinem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle vier Tage vorher. Der Kanzler erwähnte seinen Vorstoß vom Vorjahr und auch die Kontakte zwischen Kroll und Smirnow eher flüchtig, von Sondierungen oder gar Verhandlungen war keine Rede, nur noch von der Möglichkeit, Kroll sollte in der Sowjetunion „in privater Eigenschaft ... Gespräche führen“. Insgesamt hätte er aber, so Adenauer weiter, „sehr wenig Hoffnung, daß ein solcher Weg wirklich zum Erfolg führen würde“.⁹² Auch de Gaulle beurteilte die Aussichten eines solchen Vorgehens eher skeptisch, sprach sich aber nicht dagegen aus.

Auf die konkrete Nachfrage Adenauers nach dem Abschluss eines „zehnjährigen Burgfriedens in der deutschen Frage“ antwortete der französische Staatsgast: Es könnte „zwar einen Burgfrieden, eine Verlangsamung der Bösarbeiten, vielleicht sogar eine gewisse Entspannung geben, doch glaube er nicht, daß eine echte Regelung überhaupt möglich sei“.⁹³ De Gaulle fasste den Begriff „Burgfrieden“ also eher in Krolls Sinne als Einstellung von Angriffen und Verbesserung der Atmosphäre auf, nicht als Festlegung des Status quo, was Adenauer mit dem auf sein Waffenstillstandsangebot übertragenen Begriff verband.⁹⁴ Bei einem weiteren Gespräch am nächsten Tag erklärte Adenauer sei-

89 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 646.

90 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

91 „Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy“, 8.7.1963, AAPD 1963, Nr. 220, S. 728.

92 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle“, 4.7.1963, EBD, Nr. 216, S. 693.

93 EBD, S. 695.

94 Dabei muss man berücksichtigen, dass das für die Übersetzung von „Burgfrieden“ ins Französische benutzte „trêve“, dazu *Documents Diplomatiques Français Tome II* (1963), Nr. 6/I, Paris 1993, S. 26, eine Ruhepause oder Waffenruhe bezeichnet.

nem Gast schließlich, mit dessen anschließender Zustimmung, er hielt im Moment nichts davon, Kroll nach Russland zu schicken.⁹⁵

Das Auswärtige Amt, das zuerst nur von einem angeblich belanglosen Gespräch zwischen Kroll und Smirnow wusste,⁹⁶ war inzwischen auch misstrauisch geworden. Am 22. Juli forderte Carstens Globke auf, „den H[ern] B[undes]K[anzler] zu bitten, uns über die Botschaft, die er im Juni 1962 an Chruschtschow hat ergehen lassen, zu unterrichten“.⁹⁷ Die daraufhin dem Außenministerium übersandte Aufzeichnung Adenauers vom 4. Juni 1963⁹⁸ reichte dem Staatssekretär jedoch nicht aus. Carstens mahnte direkt weitere Unterlagen an, von denen er offensichtlich wusste. Nach der umfassenden Information⁹⁹ vermerkte der Staatssekretär schließlich für Außenminister Schröder über das sowjetische Papier: „Ich finde keinen sachlichen Anknüpfungspunkt“.¹⁰⁰

Umgehend sprach sich der Außenminister vehement gegen weitere Sondierungen aus. Krone erläuterte in einem Gespräch am 31. Juli: „Schröder und der von diesem informierte v[on] Brentano seien sehr böse geworden, als sie von den Überlegungen des Bundeskanzlers erfahren hätten. Kroll werde nun nicht nach Moskau gehen.“¹⁰¹

Die Reaktion der Union auf die Aufdeckung der Kontakte und des Waffenstillstandsvorschlags setzten den Kanzler unter Druck. In seinem Tagebuch berichtete Kroll: „Offenbar haben seine [Adenauers] ‚Enthüllungen‘ über seine im Juni 1962 gestartete Aktion ‚Ost‘, die er ohne Wissen + Billigung des Kabinetts unternahm + auf die er im April d. J. erneut zurückkam, den CDU-Vorstand wie einen Hühnerhof aufgescheucht.“¹⁰²

Globke dagegen, unterstützt von Krone, erklärte Kroll, dessen Presseäußerungen hätten zur Aufregung in CDU und CSU nicht unerheblich beigetra-

95 „Tête-à-tête entre le Général de Gaulle et le Chancelier Adenauer“ vom 5.7.1963, EBD, Nr. 6/VIII, S. 53.

96 Hs. Aufzeichnung Carstens vom 8.6.1963, über Gespräche mit Adenauer und Kroll, BA Koblenz 1337/630. Am 1.5.1963 hatte Krone notiert: „Schröder weiß von diesem Vorgang nichts“, und am 25.6.1963 noch einmal bestätigt, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 187 und S. 197.

97 Hs. Vermerk Carstens vom 22.7.1963, BA Koblenz N 1337/637.

98 Adenauers Aufzeichnung vom 4.6.1963 ging am 25.7.1963 dem AA zu, AAPD 1963, Nr. 186, S. 603, Anm. 1.

99 Die Aufzeichnungen Krolls vom 29.4., 21.6. und 25.6.1963 sandte das Bundeskanzleramt am 30.7. bzw. 29.7.1963 an das Auswärtige Amt, EBD, Nr. 155, S. 502, Anm. 1, EBD, Nr. 200, S. 644, Anm. 1, und EBD, Nr. 212, S. 682, Anm. 1.

100 Vermerk von Carstens für Schröder, o. D., EBD, Nr. 200, S. 645, Anm. 4.

101 Vermerk Abeleins, 12.8.1963, über Erläuterungen Krones am 31.7.1963 ihm und Wagner gegenüber, ACDP 01-028-33/4.

102 Tagebuch Kroll, Eintrag 30.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

gen.¹⁰³ Tatsächlich hatten mehrere Interviews¹⁰⁴ des ehemaligen Botschafters für Aufsehen gesorgt. In diesen betonte Kroll die Möglichkeit von Direktgesprächen mit der Sowjetunion. Außerdem entfaltete er seine „Kleine Lösung“, die 1. die endgültige Sicherung Berlins, 2. die Erleichterung der Lage der ostdeutschen Bevölkerung, 3. eine Durchlöcherung der Mauer und 4. die Anerkennung des Rechts auf Wiedervereinigung enthielt.

Diese Punkte waren zum einen vage, zum anderen sicherlich auf der Linie der offiziellen Bundespolitik mit Ausnahme des dritten Punktes, der auf mögliche deutsch-deutsche Kontakte verwies. Brisanz erhielt die „Kleine Lösung“ durch das gleichzeitige Bekanntwerden der Sondierungen Krolls mit Smirnow. Dabei spielte dieser Plan des deutschen Diplomaten in seinen Gesprächen mit seinem sowjetischen Kollegen keine Rolle.¹⁰⁵ Im Gegenteil hatte Moskau besonders kritisiert, dass die Bundesregierung ohne Entgegenkommen auf ihren Positionen beharrte – nichts anderes war die „Kleine Lösung“ Krolls.¹⁰⁶ Doch selbst solche allgemeinen Forderungen wie in der „Kleinen Lösung“, natürlich gewürzt mit der Andeutung deutsch-deutscher Kontakte und der Möglichkeit deutsch-sowjetischer Direktgespräche, führten in der Öffentlichkeit und den Regierungsparteien der Bundesrepublik zu Aufruhr. Ein Brückenschlag von Bedingungen, die die bundesdeutsche Bevölkerung akzeptieren würde, zu Konditionen, die für Moskau hinnehmbaren wären, war – noch – nicht möglich.

Für den Kanzler gab es auf jeden Fall genug Gründe, die Sondierungen über Kroll zu beenden. Der Diplomat notierte dazu enttäuscht in sein Tagebuch: „Er [Adenauer] ist also wieder einmal und – zum ? Mal eigentlich schon? – umgefallen + hat, wie üblich, mich erneut im Stich gelassen.“¹⁰⁷ Das aufkommende Gerücht, Adenauer wollte durch die Verhandlungen mit Moskau seinen Rücktritt hinauszögern, bestärkte den Kanzler noch in seinem Entschluss;¹⁰⁸ auch wenn in diesem „Bitterkeit ... über die ungenutzte Chance“¹⁰⁹ lag.

103 Eintrag 4.7.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 197.

104 „5. Juli 1963: Interview des Botschafters a. D. Kroll für die Wochenzeitung ‚Rheinischer Merkur‘“, DzD (wie Anm. 47), S. 556–564. Interview Krolls mit August Hoppe im WDR vom 25.7.1963, und mit Kurt Wessel in „Münchener Merkur“ vom 27./28.7.1963, ACDP 01-743-15/2.

105 KROLL (wie Anm. 50), S. 582, vermittelt zu Unrecht den Eindruck, die „Kleine Lösung“ wäre Bestandteil bei den Gesprächen mit Smirnow gewesen.

106 Nicht öffentlich hatte Kroll gegenüber Chruschtschow in dem erwähnten Gespräch am 9.11.1961 konkretere Vorschläge gemacht: ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, die Verpflichtung der DDR, dieses einzuhalten, ein Abkommen zwischen Berlin und der DDR über „technische Fragen“, ein „pactum de contrahendo“ bezüglich eines Friedensvertrags und die Einstellung propagandistischer Angriffe, dazu KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 486.

107 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 30.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

108 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 226.

109 Anneliese POPPINGA, *„Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre*, Bergisch Gladbach 1994, S. 516.

Die Situation ließ Adenauer jedoch weiterhin keine Ruhe. Zum einen erwog er möglicherweise, die Sondierungen mit Moskau als Zaunpfahl zu benützen, mit dem er in der folgenden Aufregung um die Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens¹¹⁰ und der Diskussion über den Beitritt der beiden deutschen Staaten winken könnte. Anfang August erwähnte er gegenüber dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara Chruschtschows Bereitschaft, nach Bonn zu kommen.¹¹¹ Zum anderen schienen Gerüchte über Weizeneinkäufe der Sowjetunion in Nordamerika in Adenauer die Hoffnung auszulösen, Moskau wäre dadurch konzessions- und verhandlungsbereit geworden.

Am 27. August 1963 notierte Krone in sein Tagebuch: „Der Kanzler hat Globke gebeten, erneut zu prüfen, ob wir nicht doch zu Moskau die direkte Verbindung aufnehmen sollten.“¹¹² Wenige Tage später berichtete auch Kroll, Globke hätte ihn informiert, der Kanzler plane nach seinem Rücktritt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU, ihn nach Moskau zu senden.¹¹³ Schließlich erwähnte Adenauer am 21. September gegenüber de Gaulle, es schiene der Tag gekommen, an dem die Sowjetunion sich mit dem Westen arrangieren müsste.¹¹⁴

Öffentlich kam Adenauer in einem Interview, das am Tage der Regierungsübergabe an Ludwig Erhard gesendet wurde, auf seine Bemühungen von 1962 zurück. Allerdings war er nicht sehr exakt: Zum einen sprach er fälschlicherweise von einem Brief, den er Chruschtschow gesandt hätte. Zum anderen beschrieb er seinen Vorschlag mit der Frage, „ob wir nicht einen Burgfrieden für 10 Jahre schließen sollten“, währenddessen sollten die Menschen in der DDR größere Freiheiten bekommen und anschließend müsste eine nicht näher beschriebene Abstimmung erfolgen.¹¹⁵

Nur im „Globke-Plan“, nicht aber im Waffenstillstandsvorschlag findet sich eine Abstimmung, mit der die bundesdeutsche Öffentlichkeit wohl vor allem ein Votum über die Wiedervereinigung verband. Das war genauso positiv besetzt wie die Forderung nach Verbesserungen für die DDR-Bewohner. Den

110 Die bundesdeutsche Diskussion über den Beitritt zum Teststoppabkommen zieht sich von der Information durch Hillenbrand am 23.7. bis zur Unterzeichnung am 19.8.1963, dazu Kapitel „Die Kontroverse um das Teststoppabkommen“ bei Tim GEIGER, *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008, S. 223–238.

111 Zum Gespräch Adenauers mit McNamara am 5.8.1963: SCHWARZ, (wie Anm. 12), S. 851.

112 Eintrag vom 27.8.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 216.

113 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 2.9.1963, ACDP 01-743-21/1.

114 „Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in Rambouillet“ vom 21.9.1963, AAPD 1963, Nr. 355, S. 1187f. Gleichzeitig brachte Adenauer die Möglichkeit eines Handelsboykotts gegen Moskau ins Gespräch.

115 „3. Oktober 1963: Aus einem Interview des Bundeskanzlers Adenauer für das Zweite Deutsche Fernsehen“, DZD (wie Anm. 47), S. 750.

kritischen Aspekt des Vorstoßes vom Juni 1962, die Einfrierung des momentanen Zustands, verbrämte Adenauer durch die Benutzung des Begriffs „Burgfrieden“. Für die deutsche Bevölkerung hatte „Burgfrieden“ einen positiven Klang, zudem suggerierte der Begriff vor allem die Verbesserung der Atmosphäre.

Doch die sowjetische Seite ließ sich die öffentlichkeitswirksame Schau nicht stehen. In einer langen Erklärung des Außenministeriums wurde der Hergang im Jahr 1962 ausführlich dargestellt, nicht ohne die Bitte des Kanzlers um Geheimhaltung sowohl gegenüber dem Auswärtigen Amt als auch gegenüber der Presse zu erwähnen. Offensichtlich wörtlich wiedergegeben – durch Einsetzen von Anführungszeichen deutlich gemacht – wurde die Antwort der sowjetischen Regierung, die Smirnow am 2. Juli 1962 Adenauer überreicht hatte.

Die eigene Frage nach den Gründen für Adenauers Bekanntgabe der Ereignisse beantwortete die Verlautbarung mit Vorwürfen: Der scheidende Kanzler beabsichtigte, „die Friedenspolitik der Sowjetunion zu verunglimpfen, die Notwendigkeit einer Fortführung seines bankrotten außenpolitischen Kurses zu begründen und gleichzeitig sich selbst als einen Kanzler hinzustellen, der angeblich für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft hat“.¹¹⁶

Damit waren die bundesdeutsch-sowjetischen Sondierungen definitiv beendet. Zudem betonte der neue Kanzler Erhard direkt zu Anfang seiner Regierungszeit, ein „Burgfriedensplan“ würde ihm nicht genügen, da er sich nicht mit dem Status quo abfinden wollte.¹¹⁷ Im Antrittsgespräch sprach ihn Smirnow trotzdem auf die Sondierungen mit Kroll an.¹¹⁸ Boris Meissner zeigt sich im Rückblick sogar überzeugt, die Kontakte hätten der Einladung an Chruschtschow ein Jahr später den Weg geebnet.¹¹⁹

Die Begriffe „Burgfrieden“ oder „Burgfriedensplan“ sind seit 1963 nicht mehr aus der Diskussion und schließlich Forschung über die Deutschland- und Ostpolitik Adenauers weg zu denken. Ihre Definition ist dabei viel schwieriger und ungenauer als der anderen Begriffe wie Waffenstillstandsvorschlag, Stillhalteabkommen oder Bewahrung des Status quo. Trotzdem übernimmt Adenauer im Juni 1963 unverzüglich die Bezeichnung „Burgfrieden“ für sein Angebot an die Sowjetunion vom 6. Juni 1962, sogar in seiner offiziellen Bekanntmachung dieses Schritts im Oktober 1963.

116 „Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu dem Vorschlag eines ‚zehnjährigen Burgfriedens‘“ vom 11.10.1963, EBD, S. 785.

117 Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4), Stuttgart 1984, S. 90.

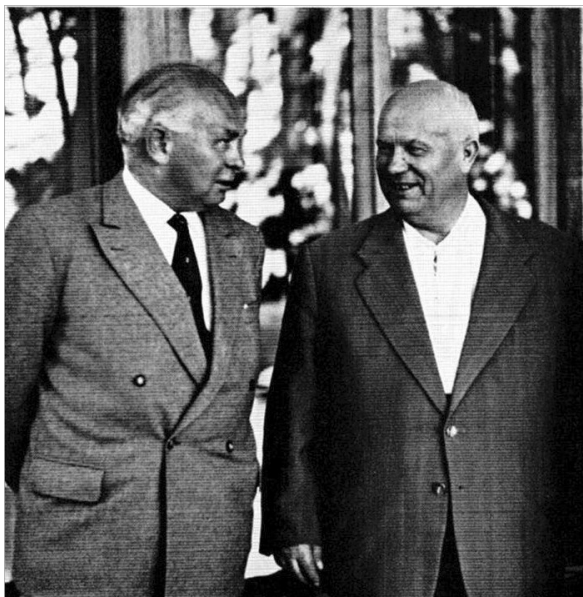
118 „Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow“ vom 6.12.1963, AAPD 1963, Nr. 454, S. 1560.

119 MEISSNER (wie Anm. 54), S. 72.

Oder ist gerade die ungeklärte Definition des Begriffs „Burgfrieden“ ein Argument für seine Verwendung durch den scheidenden Kanzler? Die bundesdeutsche Öffentlichkeit verband damit langfristig eine positive Bedeutung, kurzfristig war der Terminus schon einmal in den bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen verwandt worden, wenn auch in einem anderen Sinn. Streng genommen kann es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion keinen Burgfrieden geben, da sie nicht Mitglieder derselben Gemeinschaft, derselben „Burg“ sind. Was von dem Begriff „Burgfrieden“ dann noch bleibt, ist das Wort Frieden, die Andeutung, dass es auch in den Beziehungen zum ehemaligen Feindstaat und Führungsstaat des gegnerischen Blocks sowie des anderen deutschen Staates einmal zu einem Frieden kommen könnte.

Mit der Bekanntgabe seines Waffenstillstandsvorschlags bekannte sich Adenauer öffentlich zu seinem Versuch, die Spannungen im Verhältnis zur Sowjetunion abzubauen.¹²⁰ Durch die Verwendung des Begriffs „Burgfrieden“ nahm er diesem etwas von seiner realen Schärfe, von möglichen politischen Folgen und appellierte mehr an die mitenthaltene und mitschwingende Konnotationen. Schon seit 1914 und im Prinzip bis heute beinhaltet schließlich der Begriff „Burgfrieden“ mehr, als das Wort aussagt.

120 Der Waffenstillstandsvorschlag, der tatsächlich Moskau unterbreitet wird, widerspricht auf jeden Fall der Annahme, dass in Adenauers „auf Spannung angelegt[en]“ Außenpolitik der „Konflikt mit Moskau ein konstitutives Element“ war, so Josef FOSCHEPOTH, *Einleitung: Adenauer und die Deutsche Frage*, in: DERS. (wie Anm. 48) S. 7–28, hier S. 18.



Der sowjetische Regierungs- und Parteichef Nikita S. Chruschtschow im Gespräch mit dem bundesdeutschen Botschafter in Moskau, Hans Kroll.
Foto: Dr. Peter Kroll, entstanden zwischen 1958 und 1962